

Samstag
2. März 2013

Fr. 4.40, Ausland: € 3.70 / AZ 8021 Zürich
121. Jahrgang Nr. 51 – Auflage 188 602

Klimawandel Zu Risiken und Nebenwirkungen des tatenlosen Zusehens fragen Sie den Philosophen Sloterdijk. 29

FC Sion Christian Constantin hat in dieser Saison schon vier Trainer gefeuert. «Wo liegt das Problem?», fragt er. 54

Wolf Auf dem Weg in sein neues Revier wanderte Rüde Alan 1500 Kilometer. 42



Asyl: Provisorisch Aufgenommene bleiben für immer

Nur jeder dreissigste vorläufig aufgenommene Asylsuchende verlässt die Schweiz wieder.

Von Christian Brönnimann, Bern

Die «vorläufige Aufnahme» von Asylsuchenden ist ein «Etikettenschwindel». Das sagen Politiker aus allen Lagern. Denn meist werde aus einer provisorischen Aufnahme eine definitive. Vorläufig Aufgenommene erhalten kein Asyl, dürfen aber trotzdem in der Schweiz bleiben, weil die Rückkehr unmöglich, unzulässig oder unzumutbar ist.

Das Bundesamt für Migration hat nun erstmals ausgewertet, was geschieht, wenn vorläufige Aufnahmen aufgehoben werden. Die Zahlen geben den Kritikern recht: Bloss jeder Dreissigste verlässt nach einer provisorischen Aufnahme die Schweiz behördlich kontrolliert. Hingegen erhalten mehr als 80 Prozent nach durchschnittlich knapp fünf Jahren eine definitive Aufenthaltsbewilligung. Jedes Jahr sind dies zwischen 2000 und 4000 Personen, beispielsweise aus den Balkanstaaten, aus Sri Lanka oder Somalia.

Hunderte von vorläufig Aufgenommenen werden jährlich auch direkt

eingebürgert. Damit soll nach dem Willen der Staatspolitischen Kommission (SPK) des Nationalrats nun aber Schluss sein. Im Rahmen der Revision des Bürgerrechts verlangt sie, die Zeit, die jemand mit dem provisorischen Status in der Schweiz verbringt, sei nicht mehr an die nötige Aufenthaltsdauer für eine Einbürgerung anzurechnen.

Bürgerliche wollen verschärfen

Im Hintergrund laufen die Arbeiten an weiteren Verschärfungen. Am Montag nahm eine Subkommission der SPK zusammen mit Behördenvertretern eine Auslegeordnung vor. Das Ziel auf bürgerlicher Seite: Die Hürde für eine vorläufige Aufnahme soll höher werden. Es gehe darum, die Attraktivität der Schweiz für Asylsuchende zu senken, sagt CVP-Nationalrat Gerhard Pfister. SP-Fraktionspräsident Andy Tschümperlin befürchtet, dass die SVP die Mitteparteien «vor sich her-treiben» werde, gleich wie bei den jüngsten Verschärfungen des Asylgesetzes. *Kommentar Seite 2, Bericht Seite 3*

Kommentare & Analysen

«Ich war kein beliebter Coach. Aber ein siegreicher.»

Kent Ruhnke über die Arbeit der Trainer im Playoff. – Seite 56

Heute

Menznau Festnahme nach der Bluttat

Zwei Tage nachdem in einer Fabrik in Menznau vier Personen durch Schüsse getötet worden sind, hat die Polizei den mutmasslichen Vorbesitzer der Waffe festgenommen. Weiter unklar ist der genaue Ablauf der Tat. – Seite 5

China Angriff auf Filmteam der ARD

Ein Team des Fernsehsenders ARD ist in der Provinz Hebei während Dreharbeiten angegriffen worden. Bei der anschliessenden Verfolgungsjagd versuchten mehrere Autos, den Bus der TV-Leute von der Strasse zu drängen. – Seite 9

Das Magazin

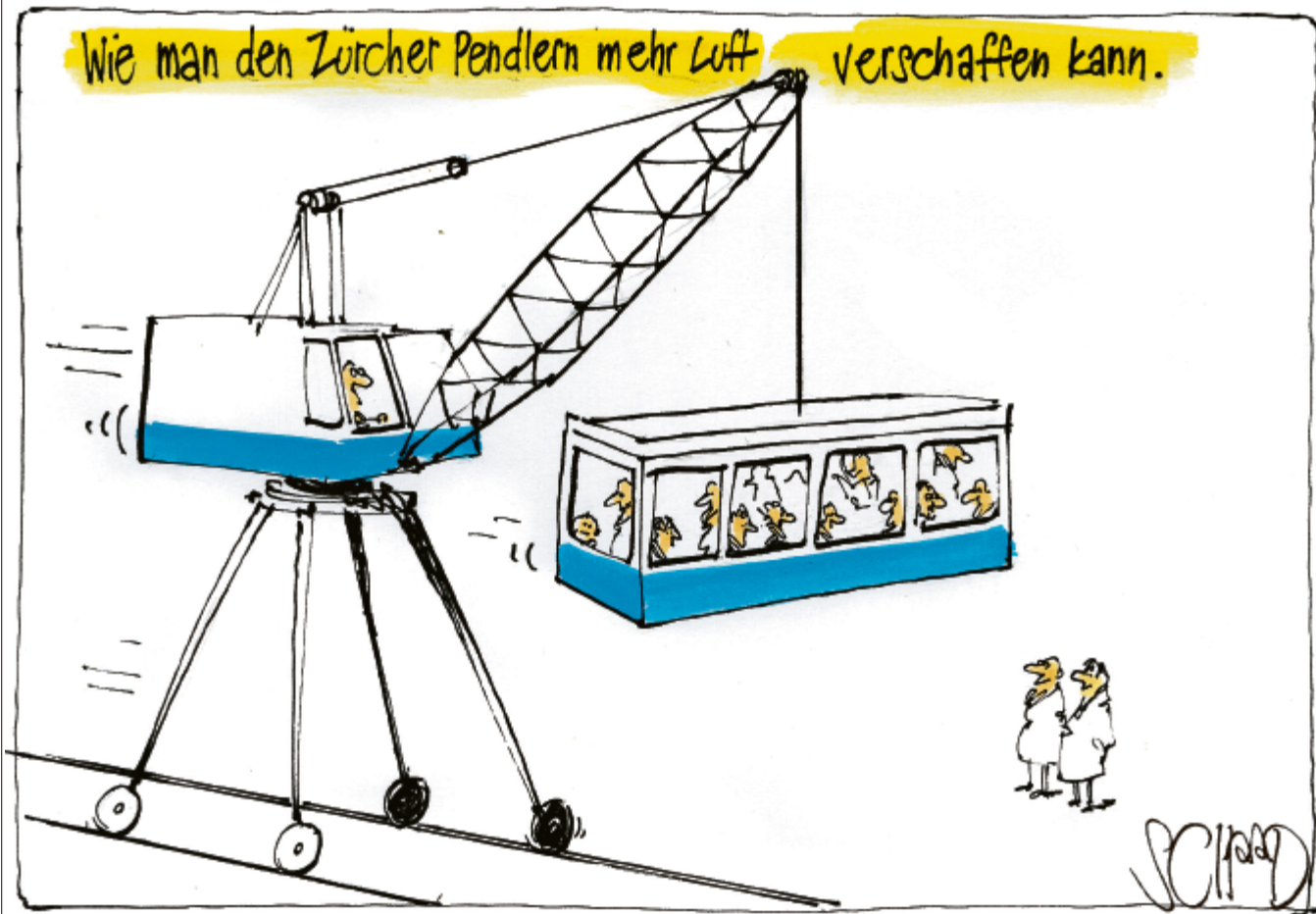


Banker und Showman: Pierin Vincenz führt Raiffeisen mit Erfolg.

Service

Wetter	12
Leserbriefe	13
Veranstaltungen	22
Todesanzeigen	24
Gottesdienste	25
Fernsehprogramme	33–36
Rätsel	40, 41
Börse	47

Zu Stosszeiten sind Busse und Trams überfüllt



Die VBZ verzeichneten letztes Jahr mit 323 Millionen Fahrgästen einen neuen Rekord – und in den Trams und Bussen wird es immer enger. In den Stosszeiten können Fahrgäste manchmal nicht in ein Tram einsteigen, weil es bereits voll ist, vereinzelt stoppen Busse an den Haltestellen erst gar nicht, weil es ohnehin keinen Platz mehr hat. Laut Peggy

Kröner, Leiterin Qualitätsmanagement, wissen die VBZ, auf welchen Linien und Abschnitten die Auslastung am höchsten ist, und prüfen, den Takt auf einzelnen Linien zu erhöhen. Es sei aber schwierig, Trams und Busse gegenüber dem Individualverkehr weiter zu priorisieren. Sonst könnte sich zum Beispiel auf Autobahnen ein Rückstau bilden.

Eine Möglichkeit, die Pendlerströme auszudünnen, ist Home-Office. Arbeiten die Leute zu Hause, könnten dadurch die Tagesspitzen entlastet werden, schreibt Stadträtin Ruth Genner (Grüne) im Vorwort des statistischen Jahrbuchs der Stadt Zürich 2013. Tests von Credit Suisse und Swiss Re verliefen im letzten September positiv. *(jho/bg) – Seite 15*

Bersani bereit für eine Minderheitsregierung

Knapp eine Woche nach der Wahl in Italien mehrten sich die Zeichen für die Bildung einer linken Minderheitsregierung. Pier Luigi Bersani schloss am Freitag die Bildung einer grossen Koalition mit der rechten Allianz von Silvio Berlusconi aus. Zugleich sprach sich Staatspräsident Giorgio Napolitano gegen vorgezogene Neuwahlen als Konsequenz aus den unklaren Mehrheitsverhältnissen aus. Bersanis Links-Allianz war aus der Wahl zwar als stärkste Kraft hervorgegangen, er hatte die absolute Mehrheit aber lediglich im Abgeordnetenhaus gewonnen, im Senat verfehlte er sie.

Pippo Pollina, der in Zürich lebende Musiker aus Sizilien, sagt über die Wahlen: «Für die Italiener sind Politiker nicht mehr glaubwürdig.» Anders sei es nicht möglich, dass sie Grillo und Berlusconi – die beide «keine Politiker sind» – ihre Stimme gaben. *(TA/Agenturen)*

*Analyse und Bericht Seite 7
Interview Pippo Pollina Seite 10*

Pharmafirma profitiert zulasten der Patienten

Der US-Pharmakonzern Pfizer agiert in der Schweiz mit einer geschickten Preispolitik. Das Nachsehen haben die Patienten und Krankenkassen. Das Unternehmen verkauft neben dem Cholesterinsenker Sortis gleichzeitig eine identische Kopie, die jedoch nur rund die Hälfte kostet. Würden alle Patienten von Sortis zur günstigen Kopie wechseln, könnten gemäss Schätzungen des TA rund 25 Millionen Franken eingespart werden. Eigentlich müsste Pfizer mit dem Cholesterinsenker eine massive Umsatzeinbusse erlitten haben, da dieser den Patentschutz verloren hat. Dank den hauseigenen Kopien konnte das Unternehmen den Umsatzausfall jedoch abfedern. Die Generikafirmen, die bei auslaufenden Patenten mit Kopien auf den Markt drängen, haben dagegen nicht so stark profitieren können wie erhofft. Sortis war vor Patentablauf das weltweit umsatzstärkste Medikament. *(mka) – Seite 43*

«Europa darf sich nicht abschotten»

EU-Handelskommissar Karel De Gucht will innerhalb von zwei Jahren ein Freihandelsabkommen mit den USA aushandeln – und abschliessen. Die Zeit sei reif für diese Idee, sagt De Gucht im Interview mit dem «Tages-Anzeiger». «Wir müssen die beiden grössten Volkswirtschaften poolen, gemeinsame Standards und Normen festlegen.» Die Öffnung gegenüber Amerika werde Europa neue Stellen und Wachstum bringen. Nur so lasse sich der Wohlstand mehrten. Die Bedenken – etwa dass genveränderte Lebensmittel auf den europäischen Markt gelangen – hält De Gucht für unbegründet. «Wir werden unsere Gesetze nicht mit einem Vertrag umgehen.»

Neben dem Freihandel propagiert De Gucht eine strenge Sparpolitik. Die EU-Staaten müssten das Geld «effizient ausgeben». Auch zur Schweiz äusserte sich der Belgier. Das Beste wäre, sie würde Mitglied der EU, «dann könnte sie mitreden». *(TA) – Seite 45*



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo–Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Anzeige

Auktion für Schweizer Kunst Einlieferungen nehmen wir gerne entgegen

KOLLER

Koller Auktionen AG, Hardturmstrasse 102, CH-8031 Zürich
Tel +41 44 445 63 63, Fax +41 44 273 19 66
office@kollerauktionen.ch, www.kollerauktionen.ch



Schweiz

Politiker wollen weniger Asylsuchende vorläufig aufnehmen

Vorläufige Aufnahmen führen meistens zu definitiven. Politiker und Behörden sehen Handlungsbedarf.

Von Christian Brönnimann, Bern

Knapp 23 000 Menschen leben derzeit mit einer bloss vorläufigen Bewilligung in der Schweiz. Es sind Asylsuchende, welchen kein Asyl gewährt wurde, die aber aus verschiedenen Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Die Zahl der vorläufig Aufgenommenen ist relativ konstant. Jedes Jahr kommen zwischen 2000 und 4000 Personen neu dazu, ebenso viele geben den provisorischen Status ab.

Nicht bekannt war bislang, was mit den Personen geschieht, die den F-Ausweis der vorläufigen Aufnahme abgeben. Auf Anfrage hat das Bundesamt für Migration (BFM) nun erstmals eine Auswertung vorgenommen. Diese zeigt: Was als «vorläufig» bezeichnet wird, mündet in aller Regel in ein Definitivum. Nur 3,4 Prozent aller vorläufig Aufgenommenen verliessen in den letzten zehn Jahren nach Beendigung der F-Bewilligung die Schweiz. 8,4 Prozent tauchten unter. Auf der anderen Seite erhielten mehr als 80 Prozent nach einer vorläufigen Aufnahme einen definitiven Status, normalerweise in Form einer als Härtefall begründeten Aufenthaltsbewilligung. Fast jeder Zwölfte erlangte aber auch direkt das Schweizer Bürgerrecht. Im Durchschnitt vergingen knapp fünf Jahre bis zur definitiven Lösung.

Diese Zahlen sind Wasser auf die Mühlen derer, die den provisorischen Status abschaffen oder neu definieren möchten. Asylrechtsorganisationen fordern schon seit langem eine Besserstellung der vorläufig Aufgenommenen. Denn im Vergleich zu anerkannten Flüchtlingen mit positivem Asylentscheid müssen sie mit gewichtigen Nachteilen leben. So erhalten sie je nach Kanton weniger Sozialhilfe, sie können ihre Familienmitglieder erst frühestens nach drei Jahren nachziehen, und sie haben mehr Mühe, eine Arbeitsstelle zu finden. Der provisorische Status behindere die Integration von Menschen, die meistens für immer hier blieben, bringt Beat Meiner, Generalsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, die Kritik auf den Punkt.

Zahl «massiv» senken

In Parlament und Verwaltung ist der Handlungsbedarf erkannt. Eine Subkommission der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats und das Bundesamt für Migration beschäftigen sich derzeit mit möglichen Verbesserungen. Doch die Linken befürchten, dass aus den Verbesserungen schnell Verschärfungen werden könnten.

Zu Recht: Das Ziel der Übung sei es, die Zahl der vorläufig Aufgenommenen «massiv» zu senken, sagt SVP-Nationalrat Hans Fehr. Auch CVP-Kollege Gerhard Pfister, der die Subkommission präsidiert, will erreichen, dass in Zukunft weniger Asylsuchende einen provisorischen Status erhalten und diejenigen mit einem solchen Status konse-



Asylsuchende aus Eritrea: Nur wenige vorläufig Aufgenommene verlassen die Schweiz wieder. Foto: Alessandro Della Bella (Keystone)

quenter kontrolliert werden, wie er erklärt. Wiederum gehe es darum, die Attraktivität des Schweizer Asylsystems zu senken.

Linke hofft auf Kompromiss

Dieselbe Mitterechtsmehrheit, die kürzlich das Asylgesetz verschärft hat und das Bürgerrechtsgesetz verschärfen will, könnte nun also auch bei den vorläufig Aufgenommenen den Hebel ansetzen. Der grüne Nationalrat Balthasar Glättli hofft dennoch auf einen Kompromiss-

lösung. Falls bei einer Gruppe der vorläufig Aufgenommenen Einschränkungen beschlossen würden, müssten im Gegenzug die klaren Fälle besser gestellt werden, sagt er. Konkret schlägt Glättli vor, Letztere grundsätzlich gleich zu behandeln wie Flüchtlinge mit einem positiven Asylentscheid. Für bereits in der Schweiz lebende vorläufig Aufgenommene fordert er eine Amnestie.

Das Gesetz nennt drei Gründe für eine vorläufige Aufnahme. Den F-Ausweis können erstens Asylsuchende er-

halten, deren Rückschaffung nicht möglich ist. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn sich die Behörden des Herkunftslandes weigern, die nötigen Papiere auszustellen. Zweitens werden Asylsuchende vorläufig aufgenommen, wenn ihre Rückschaffung nicht zulässig ist, wenn sie also gegen völkerrechtliche Verpflichtungen verstossen würde. Dieses Kriterium kommt dann zum Tragen, wenn Menschen in ihrem Herkunftsland an Leib und Leben bedroht sind. Drittens werden Personen vorläufig aufgenommen, deren Ausschaffung nicht zumutbar ist.

Unzumutbarkeit am häufigsten

Das dritte Kriterium ist am schwammigsten. Es findet unter anderem in Fällen allgemeiner Gewalt Anwendung oder dann, wenn ein Asylsuchender auf die medizinische Versorgung in der Schweiz angewiesen ist. Das BFM geht davon aus, dass vorläufige Aufnahmen «grösstenteils» wegen Unzumutbarkeit angeordnet werden. Hans Fehr sieht in diesem Punkt denn auch die «Haupteinfallssache» für eine Verschärfung. Die Messlatte für eine unzumutbare Ausschaffung müsse deutlich erhöht werden, fordert er.

Bis im Sommer hat das BFM der Subkommission erste Vorschläge für eine neue Handhabung des F-Status in Aussicht gestellt.

Kommentar Seite 2

Vorläufig Aufgenommene in der Schweiz

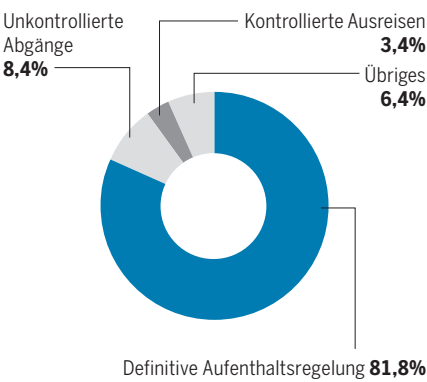
In der Schweiz leben insgesamt 22 625 vorläufig aufgenommene Personen (Stand Ende 2012)

Die 10 häufigsten Herkunftsländer

Somalia	3496
Serbien	2474
Eritrea	1996
Irak	1949
Sri Lanka	1922
Afghanistan	1410
Angola	1140
China	1104
Kongo	1071
Syrien	856

TA-Grafik mrue / Quelle: Bundesamt für Migration

Abgänge von vorläufig Aufgenommenen 2003–2012



Sozialbehörde Skos spricht von 1000 bis 2000 Jugendlichen, die Probleme machten

Der Fall Berikon hat schweizweit Schlagzeilen gemacht. Wie viele renitente Sozialhilfebezügler es gibt, weiss aber niemand genau.

Von René Lenzin

Die Aargauer Gemeinde Berikon hat einem heute 22-jährigen Mann die Sozialhilfe gestrichen, weil er jegliche Kooperation verweigert hatte. Das zuständige Bezirksamt hob diesen Beschluss auf Beschwerde des Mannes hin auf und verfügte stattdessen eine befristete Kürzung der Sozialhilfe. Vergeblich hat die Gemeinde dieses Urteil angefochten. Letztinstanzlich unterlag sie Ende November 2012 vor Bundesgericht und muss die Sozialhilfe rückwirkend doch noch bezahlen (TA vom Dienstag).

Abgeschlossen ist der Fall aber noch nicht. Die Gemeinde sei nicht bereit, die gestrichene Sozialhilfe einfach pauschal zu ersetzen, sagt Rosmarie Groux,

Sozialvorsteherin in Berikon und SP-Grossrätin. Vielmehr müsse der Betroffene Angaben zu seiner persönlichen Situation in der fraglichen Zeit liefern, wie es das Gesetz verlange. Schliesslich sei Sozialhilfe kein Blankocheck, sondern werde aufgrund der individuellen Situation monatlich berechnet. Gegen diese Umsetzung des Urteils hat der Betroffene wiederum Rekurs eingelegt.

Wie verbreitet das Problem von renitenten jugendlichen Sozialhilfebezügern ist, ist nicht bekannt. Walter Schmid, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), geht landesweit von 1000 bis 2000 Fällen aus. Auf die rund 28 000 18- bis 25-Jährigen, die Fürsorgeleistungen beziehen, entspricht dies einem Anteil von 3,5 bis 7 Prozent. Keine Zahlen zu renitenten Sozialhilfebezügern existieren im Kanton und in der Stadt Zürich. Es werde auch nicht erhoben, ob Jugendliche eher zu renitentem Verhalten neigten als andere Klienten, sagt Franziska Schawalder von den Sozialen Diensten der Stadt. Immerhin

lasse sich sagen, dass «Menschen in dieser Entwicklungsphase oft mutiger sind, Neues ausprobieren und Grenzen ausloten». Für jugendliche Klienten, die spezielle Unterstützung benötigen, hat Zürich das «Team Coaching 16:25» ins Leben gerufen.

Bern: 5 Prozent mit Sanktionen

Hinweise auf die Dimension des Problems gibt das kantonale Reporting der Berner Sozialdienste für das Jahr 2010. Bei 5 Prozent aller Klienten nahmen diese Leistungskürzungen vor, wovon vier Fünftel als Folge von Pflichtverletzungen. Bei den allermeisten Fällen handelte es sich dabei um alleinstehende Personen. Konnten die Sozialdienste keine Zielvereinbarung mit den Klienten abschliessen, war in 13 Prozent der Fälle unkooperatives Verhalten die Ursache. Nach Altersgruppen werden diese Probleme allerdings nicht unterschieden.

Gemäss den Richtlinien der Skos können die Gemeinden die Sozialhilfe bei fehlender Kooperation «für maximal

12 Monate um 15 Prozent kürzen». Laut Skos-Geschäftsführerin Dorothee Guggisberg gehen einzelne Kantone bei jugendlichen Sozialhilfebezügern weiter und kürzen bis zu 30 Prozent. Um den Arbeitsanreiz zu erhöhen, hätten mehrere Kantone ausserdem die Höhe der Sozialhilfe gesenkt. Entscheidend bei Sanktionen sei, so Guggisberg, dass «die Behörden nicht willkürlich handeln».

Genau dies wirft das Bundesgericht der Gemeinde Berikon vor. Das Verhalten des Sozialhilfebezügers sei zwar renitent, aber es lägen keine Belege für einen Missbrauch vor, der eine Streichung der Hilfe hätte rechtfertigen können, heisst es im Urteil. Dass der Klient nicht zu einem Arbeitseinsatz erschienen sei, könne ihm nicht angelastet werden, wenn er nicht mit einer Verfügung aufgeboten worden sei.

Rosmarie Groux spricht von einem «weltfremden Urteil». Die Gemeinde biete den Sozialhilfeempfängern jede erdenkliche Hilfe an und respektiere die klaren Vorgaben des Kantons. Wenn je-

Nachrichten

Gesundheit

Kosten für die Spitex stiegen 2012 um fast 7 Prozent

Die Gesamtkosten zulasten der obligatorischen Grundversicherung stiegen 2012 um 3,2 Prozent, wie das Bundesamt für Gesundheit am Freitag meldete. 3252 Franken waren es pro versicherte Person, 100 Franken mehr als im Vorjahr. Vor allem Spitex, Labor und Arztbehandlungen seien teurer geworden. Die stärkste Steigerung verzeichnet die Spitex mit 6,9 Prozent. (SDA)

Kampffjet

Auch Finanzkommission empfiehlt den Gripen-Kauf

Die Bedenken zum Kauf der schwedischen Kampffjets schwinden kurz vor Beginn der parlamentarischen Beratung. Nach der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates hat sich auch die Finanzkommission des Nationalrates für den Kauf von 22 schwedischen Kampfflugzeugen ausgesprochen. Sie empfiehlt mit 15 zu 9 Stimmen ein Ja zum Verpflichtungskredit von 3,126 Milliarden Franken. Die Mehrheit halte den Kauf aus sicherheits- und finanzpolitischen Gründen für richtig, schreibt die Kommission in einer Mitteilung. (SDA)

Demokratie

St. Galler Stadtrat stellt sich hinter die Stadtpolizei

Die Polizisten, die am letzten Samstag eine Unterschriftensammlung zweier Jungsozialisten (Juso) in der Stadt St. Gallen stoppten und die Juso-Mitglieder mit auf den Posten nahmen, hätten korrekt gehandelt, die Juso hätten eine Bewilligung beantragen müssen. Das antwortet der Stadtrat auf eine Interpellation der Stadtparlamentarierin und Präsidentin der SP des Kantons St. Gallen, Monika Simmler, und von Juso-Mitglied Angelo Zehr. Der Stadtrat beantwortete die Interpellation ungewöhnlich schnell, innert Wochenfrist. (SDA)

Baselland

Abschiedsgottesdienst für Regierungsrat Peter Zwick

Mit einer Trauerfeier im Dom von Arlesheim haben Familie, Freunde, Politiker und weitere Trauergäste Abschied von Regierungsrat Peter Zwick genommen. Der CVP-Politiker und Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor war letzten Samstag 62-jährig einem Krebsleiden erlegen. (SDA)

Atomenergie

Ensi legt zweiten Aktionsplan nach Fukushima vor

Die Schweizer Atomaufsichtsbehörde Ensi hat den zweiten Aktionsplan zu den Erkenntnissen aus der AKW-Katastrophe in Fukushima vorgelegt. Das Ensi will 2013 neun Schwerpunktthemen bearbeiten. Einen Akzent setzt die Behörde bei der Erhöhung der Sicherheitsmargen bei auslegungüberschreitenden Störfällen in den fünf Schweizer Atomkraftwerken. Weitere Themen sind die Integrität der Atomreaktor-Containments, der Erdbenschutz und das Wasserstoffmanagement. (SDA)

mand aber ausser dem monatlichen Check überhaupt keine Hilfe annehmen wolle, gebe es keine Basis mehr für die Zusammenarbeit: «Wir möchten nicht für Leute arbeiten, die nicht kooperieren.» Groux stellt auch nicht infrage, dass den Klienten grundsätzlich alle wichtigen Entscheide per Verfügung mitgeteilt würden. Aber «einen kurzfristigen Arbeitseinsatz können wir doch nicht per Verfügung anordnen».

Die Politik will handeln

Mit der Einstellung der Sozialhilfe wollte die Gemeinde bewirken, dass sich der junge Mann «endlich bewegt», sagt Groux. Nach dem Bundesgerichtsurteil ist daraus aber nichts geworden. Daher ging die Gemeinde an die Öffentlichkeit. «Wir haben diese Rolle nicht gesucht, sind aber froh, wenn sich etwas bewegt.» Mehrere Politiker haben auf den Fall Berikon reagiert und Handlungsbedarf angemeldet. Im Kantonsparlament sei ein fraktionsübergreifender Vorstoss angedacht, sagt Groux.